



## Gemeinsame Erklärung über

eheliche Lebensgemeinschaft

familiäre Lebensgemeinschaft

lebenspartnerschaftliche Lebensgemeinschaft

**Antragssteller:**

Familienname	Vorname
Geburtsname, früherer Familienname	
Geburtsdatum	Geburtsort, Geburtsland
Anschrift (Straße, Nr., PLZ. Wohnort)	
Staatsangehörigkeit	
Telefon (freiwillige Angabe)	Email (freiwillige Angabe)

ledig <input type="checkbox"/>	verheiratet seit _____	geschieden seit _____
	verwitwet seit _____	getrennt lebend seit _____
Familienname des <b>Ehegatten</b>	Vorname des <b>Ehegatten</b>	
Geburtsdatum des <b>Ehegatten</b>	Staatsangehörigkeit des <b>Ehegatten</b>	
Anschrift des <b>Ehegatten</b> (Straße, Haus-Nr., PLZ. Wohnort)		

**Kinder:**

Familienname	Vorname	Geburtsort, Geburtsdatum	Staatsangehörigkeit, Wohnort

**Wir erklären übereinstimmend, in ehelicher Lebensgemeinschaft bzw. lebenspartnerschaftlichen Gemeinschaft – und mit den genannten Kindern in familiärer Lebensgemeinschaft - zu leben und gemeinsam in der oben genannten Wohnung zu wohnen.**

**Die Aufgabe der ehelichen bzw. familiären Lebensgemeinschaft bzw. lebenspartnerschaftlichen Gemeinschaft ist nicht beabsichtigt; insbesondere wurde keine Scheidungsklage eingereicht oder die Aufhebung der lebenspartnerschaftlichen Gemeinschaft beantragt.**

Ich versichere, dass die vorstehenden Angaben -und die ggf. auf dem Ergänzungsblatt gemachten Angaben -vollständig sind und in allen Teilen der Wahrheit entsprechen. Die Straftatbestimmung nach § 95 Abs. 2 Nr. 2 Aufenthaltsgesetz ist mir bekannt. Mir ist auch bekannt, dass falsche oder unvollständige Angaben zur Ablehnung oder Rücknahme des Antrages oder sogar zur Ausweisung (§ 55 Abs. 2 Nr. 1 Aufenthaltsgesetz) führen können.

Ich bin damit einverstanden, dass die für die Bearbeitung dieses Antrages erforderlichen Behörden (z.B. Sozialbehörden, Arbeitsverwaltung, Polizeidienststellen, Landesamt für Verfassungsschutz, Bundeszentralregister) die erforderlichen Auskünfte erteilen und ggf. Akteneinsicht gewähren. Können die notwendigen Auskünfte bzw. Akten wegen Verweigerung der Einwilligung nicht verwendet werden, muss der Antrag abgelehnt werden. Die Unterrichtung gem. § 3 Abs. 4 Landesverfassungsschutzgesetz ist hiermit erfolgt.

Ich verpflichte mich, Änderungen meiner persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse bis zur endgültigen Entscheidung meines Antrages unverzüglich mitzuteilen.

Hinweis nach § 11 Abs. 2 des Landesdatenschutzes:

Die gesamten Angaben benötigt die Behörde zur Bearbeitung Ihres Antrages. Sie sind nicht verpflichtet, Angaben zu machen.

Eine sachgerechte Bearbeitung ist jedoch nur möglich, wenn Sie die erforderlichen Angaben machen.

Ort, Datum Donaueschingen,	Unterschrift des Antragstellers	Unterschrift des Ehegatten
-------------------------------	---------------------------------	----------------------------